

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Berlin, Januar 1930.

Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42.

Bei Bezug unter Streifenband vierteljährlich 2,50 Mk. incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,10 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Moabitplatz Nr. 7832.

Der Staatsbankrott: Verscharfte Hungeroffensive

Der deutsche und der amerikanische Finanzdiktator sind für die bürgerliche und sozialdemokratische Presse die Lenker der Geschichte des deutschen Volkes. Schacht wird von den deutschen Bourgeois als der Retter aus schwerster Not begrüßt. Die Sozialdemokratie stempelt ihn zum Führer der Reaktion und schärftest Feind der Arbeiterschaft. Für die KPD ist er der junge Mann des deutschen Finanzkapitals. Sämtliche Parteien sind sich darüber einig, daß er die Herrschaft des parlamentarischen Systems, wenn nicht gebrochen, so doch untergraben hat.

Die Koalitionsregierung ist zur Haager Konferenz ohne Schacht, aber unter dem Diktat von Schacht gegangen. Der sozialdemokratische Reichsfinanzminister Hilferding hat trotz aller Zugeständnisse an die Wünsche des deutschen Kapitals seinen Posten an den Volksparteier Moldenauer abtreten müssen, der sich kurz vorher auf der Tagung des deutschen Industriekonvents in den Thesen der Duisberg und Genossen restlos bekannt hat. Die deutsche Vertretung im Haag, bei der sonst die Sozialdemokratie eine maßgebende Rolle gespielt hätte, besteht aus zwei Volksparteilern, die ausgesprochene Vertreter des deutschen Finanzkapitals sind, ein Mitglied des Zentrums, und endlich in dem Gewerkschaftsbeamten, dem völlig bedeutungslosen Sozialdemokraten Robert Schmidt. Schacht selbst hat seine Teilnahme an der Haager Konferenz davon abhängig gemacht, daß ihm die Entscheidung in allen strittigen Fragen überlassen sein sollte. Diese Selbstentmündigung hat die Koalitionsregierung abgelehnt, wenn sie auch sonst gern bereit gewesen ist, die Verantwortung auf Schacht abzuwälzen. Schacht war sich aber von vornherein darüber klar, daß seine Bedingung unmöglich angenommen werden konnte. Es kam ihm auch gar nicht darauf an, im Haag irgendwelche Unterhändler aufzutreiben, zumal ihm genau bekannt war, daß der Unterhandlungsspielraum für das deutsche Kapital außerordentlich gering ist. Bei der augenblicklichen Situation wird dem deutschen Kapital nichts weiter übrig bleiben, als das Diktat der Gläubigermächte anzunehmen. Für ihn kommt es im wesentlichen darauf an, daß die Lastenverteilung im Innern nach den Wünschen des deutschen Finanzkapitals geregelt wird. Was das deutsche Finanzkapital zu erreichen hat, wird durch die weitpolitische Lage Deutschlands bestimmt. Das deutsche Kapital ist zur Durchführung seines weiteren kapitalistischen Aufbaus auf den Kredit des ausländischen Kapitals angewiesen. Dies geht ganz klar aus der gleichartigen Stellungnahme des Reparationsagenten zu der Lage des deutschen Kapitals hervor. Der Lokalzeitung und die gesamte Hegeberpresse drückt mit besonderem Behagen diese keineswegs zufällige Parallelität der Gedankengänge ab. Gerade Hugenberg und seine Presse hat in Amerika den schärfsten Feldzug gegen weitere Kredite an das Reich, Länder und Gemeinden eröffnet. Das amerikanische Privatkapital soll dem deutschen Privatkapital die notwendige Unterstützung geben, um die restlose Verwirklichung der Herrschaft des Finanzkapitals zu garantieren. Wenn sich heute die Sozialdemokratie dagegen sträubt, die letzten Reste des „Staatssozialismus“ abzubauen, so ist dies bei ihrer Verankerung in der Selbstverwaltung der Gemeinden sehr wohl zu verstehen. Der Angriff Schachts ist der Angriff des deutschen Privatkapitals gegen diese Domäne der Sozialdemokratie. Die Privatwirtschaft glaubt durch die Angleichung der öffentlichen Betriebe eine viel größere Stütze zu haben. Sie zwingt die Sozialdemokratie zu einer „antizödischen“ Politik. Die „sozialistischen“ Magistratsräte sind die stärksten Ausbeutungspolizisten der Arbeiterschaft, damit den sozialdemokratischen Arbeiterklargemeinde wird, daß ein Unterschied zwischen der Ausbeutung durch den sozialistischen Magistrat und dem kapitalistischen Privatkapital nicht besteht. Es wird damit dem sozialdemokratischen Arbeiterbewusstsein, daß die gesamte Politik der sozialdemokratischen Magistratsräte von dem Willen des Finanzkapitals abhängig ist. Das Kapital zerstört hier ganz brutal und offen die sozialdemokratischen Illusionen über den Beginn des sozialistischen Aufbaus. Die Sozialdemokratie ver-

Revolutionäre Kundgebung in den Pharusillen, Müllerstraße 142. Am Freitag, den 17. Januar, 7 1/2 Uhr abends. Ansprache - Massengesang - Rezitationen. KAP. AAU. Unkostenbeitrag 30 Pf.

Die KPD kämpft lediglich gegen diese Sparpolitik, gegen den Zöllwucher, gegen die Hungeroffensive, ohne auf die Grundlage dieser neuen Taktik des Kapitals hinzuweisen. Sie steht nicht, daß diese Hungeroffensive der Weg des deutschen Imperialismus ist. Sie begründet nicht, daß das Kapital die augenblickliche Krise und den Yon-Pian zu einer völlig kommenden Neuordnung benutzen will. Die Krise ist für das deutsche Kapital außerordentlich gefährlich, weil eine Verlagerung des Schwerpunktes seiner gesamten bisherigen Entwicklung seit dem Jahre 1923 eintritt. Es kämpft um seine Existenz, indem es rücksichtslos den Neuaufbau organisiert. Es befindet sich noch in der Krise. Es fehlt ihm noch die Kräfte seiner neuen Rationalisierung. Sein Vorstoß soll ihm diese Kräfte schaffen. Sie können allein aus der deutschen Arbeiterschaft herausgepreßt werden. Die Hilfe des ausländischen Kapitals ist in der augenblicklichen Situation für das deutsche Kapital keine Hilfe mehr, sondern verstärkte Abhängigkeit. Deshalb lodert der Bürgerkrieg, deshalb die täglichen Straßenschlachten, deshalb der Aufmarsch der Faschisten. Die Offensive des Kapitals ist im Gange. Wo bleibt die Gegenoffensive? Wo bleibt der Aufmarsch des Proletariats? Die KPD erhofft alles von Dillon, Read & Co. Die KPD führt den Kampf mit der Taktik der revolutionären Gewerkschaftsopposition, indem sie durch Lokalkrisen die Arbeiterschaft sich abkämpfen läßt. Die revolutionäre Arbeiterschaft muß sich als Klasse organisieren. Dies ist nur möglich, wenn sie die augenblickliche Lage als schärfste Klassenkampflage begreift. Sie muß sich klar sein, daß nur der politische Kampf, der Kampf um die Macht auf dem Boden des Generalstreiks die Offensive des Kapitals brechen kann.

Kugellagermonopol in Deutschland

Der schwedische Kugellagertrast hat nunmehr den letzten maßgebenden Hebel gegen das letzte selbständige deutsche Kugellagerwerk von Bedeutung zerbrochen. Die Berlin-Karlshagen Industriewerke haben ihre Kugellagerabteilung an die SKF-Norma, Stuttgart, der Tochtergesellschaft des schwedischen Kugellagertrasts verkauft. Damit hat Ivan Kreuzger, der Besitzer des Schwedentrasts (Zündhützer), und damit des deutschen Zündhützermonopols bzw. das hinter ihm stehende amerikanische Kapital auch die deutsche Automobilindustrie an der Spitze. Denn die deutsche Kugellagerindustrie gehört ihm jetzt zu fast 100 Prozent. Die letzte Aktion, die Verschlingung von Fichtel & Sachs, Schweinfurt, und Fries und Höttinger, Schweinfurt, und der Riebo-Werke in Berlin-Weißensee, Heidelberg usw., wird noch in Erinnerung sein. In Deutschland gibt es jetzt noch zwei kleine Firmen, die sich mit der Herstellung von Kugellagern befassen, und zwar Fischer-Schweinfurt und I. G. Jäger in Elberfeld, die aber beide zusammen weniger als 5 Prozent des deutschen Kugellagerkonsums liefern. Sie kommen als Konkurrenz nicht in Frage. Das Kugellagermonopol in Deutschland hat Ivan Kreuzger.

In diesem Fall dreht es sich nicht nur um Kugellager, mit denen die deutsche Automobil-, Fahrrad- und Präzisionsmaschinenindustrie von schwedischen Kugellagertrast abhängig sind. Der schwedische Zündhützertrast, der auch Besitzer des schwedischen Kugellagertrasts ist, hat auch der Besitzer des ausschlaggebenden schwedischen Erz-Konzerns des Grönberg-Konzerns. Dieser schwedische Erz-Konzern ist schon bisher der maßgebende Erzlieferant für die deutsche Eisen- und Stahlverhüttung. Immerhin war gegen den Schwedentrast die Konkurrenz des Erzes aus Kanada nicht leicht zu nehmen. Durch die Fesselung der deutschen Industrie an das schwedische Kugellager bekommt Ivan Kreuzger auch die Regelung des Stahl- und Eisenabbaus an die Kugellager verarbeitenden Industrien in die Hand. Einflußnahme auf die deutsche Hüttenindustrie durch den Schwedentrast wird die nächste Konzentration sein.

So vollzieht sich die Konzentration des Weltkapitals in immer weniger Hände von mächtigen Industriekönigen. Nur die Arbeiter sind noch organisiert nach dem Organisationsprinzip der mittelalterlichen Zöglinge und „Kämpfen“ nach Berufen, Gruppen und Gruppen in einzelnen Städten und Städten um Pläne und Mäulen, die immer mehr gegen einander als reizen das Kapital, das diese Nadelstichpolitik seine Freude haben kann. Heute streift ein Grüppchen der Staatsindustriellen die Arbeiter in die Hände, um sie umgekehrt, übermorgen streikt man hübsch gesetzlich in Berlin, und Stuttgart liefert an die Autofabriken, die Kugellager brauchen. So ist es ja nicht nur in der Kugellager-, Automobil- und Maschinenindustrie, sondern in allen anderen Industriezweigen, die das Proletariat vor lauter Vereinsmeierei nicht sieht, daß es unter dem Kommando von Industriefürsten gradlinig abwärts geht in die Sklaverei.

Aus der Internationale

Brief aus Rußland

Leningrad, im Dezember 1929. Ein Jammer, daß ich hier in diesem festgebundenen Sack leben muß. — Manchmal begegnen mir die alten Genossen, die Kameraden, mit welchen man früher zusammen arbeitete. Wir freuen uns immer, wenn wir wieder zusammen kommen. Wir sind wie Brüder und Schwestern, die unverhofft einander gefunden haben. Nach der Aussprache aber werden wir miteinander traurig und schweigend; fremd geht man auseinander. Sie haben eben einen anderen Weg bereiten, der nicht der unsere ist.

Man ist soweit, daß man manchmal die „Fahne des Kommunismus“ und die „IV. Internationale“ nicht mehr als politische Verstandesmittel, sondern als politische Ziele und nur durch den politischen Eifer erklärlich. Ueberhaupt weiß man gar nichts. Auf dem Nordpol, auf dem Monde man ebenso in der Welt leben. Die Zeit schließt sich an uns heran. So schnell und so sehr ändert sich das alles, daß manchmal in ein paar Tagen die ganze Situation unerkennbar und ganz neu, der gestrigen vollkommen wieder entgegengesetzt.

Wir bunt und belebt ist heute wieder das noch unlängst so schwermütige Bild der kapitalistischen Welt. Die finanzielle Krise Amerikas und seine ökonomischen Schwierigkeiten, die unerbittliche Lösung des sowjet-chinesischen Konflikts, die neuen Verwicklungen im Innern Chinas, das Zurückkehren der gesamten russischen Opposition in die Reihen der Partei, der erbarmungslose geheime Kampf mit den Trotzkisten, die Erklärungen Livinows und die gesamte Außenpolitik der Sowjets, dieses alles ist so klar und unabweidung. Die russische Agrarwirtschaft entwickelt sich zur Agrarindustrie, in mächtige Brotmanufakturen. Zu gleicher Zeit weiteres Stagnieren der gesamten staatskapitalistischen Wirtschaft. Der schreckliche Mangel an notwendigen Produkten und die weitere Verminderung der Kaufkraft der Bevölkerung.

Die schrecklichsten Entbehrungen und Qualen eines halbkolonialen, um seine Existenz im Kapitalismus ringenden kleinbürgerlichen Gebildes durchlebt man. Welches in einem Welt-erfahrungen sich abmüht, die hochkapitalistischen wirtschaftlichen Einheiten nach und nach zu überholen. Eine riesige wirtschaftliche Einheit, eine fatal zusammenhängende Größe, die sich absondert, sich ökonomisch der übrigen kapitalistischen Welt entgegenstellt und den staatskapitalistischen Willen durchzusetzen versucht. Begünstigt durch die katastrophale Lage des absterbenden Kapitals, hält sie zwei Eisen im Feuer. Die SSR, baut auf den Staatskapitalismus, auf kleinbürgerliche, demokratische Prinzipien.

England

Arbeitslosigkeit und Labour-Regierung.

London, Ende Dezember 1929. Auch Ziffern können reden; manchmal dringender und sprechender, als es Worte vermögen. Die Ziffern aus England zeigen so recht drastisch das aussichtslose Beginnen, an der kapitalistischen Gesellschaft zu zödischen zu wollen. Ende November 1929 betrug die amtliche Arbeitslosenziffer in England 1.302.000. Der Minister Thomas versetzt diese Ziffer herunterzudrücken durch folgende Maßnahmen: In-angriffnahme öffentlicher Arbeiten, die Arbeiterschaft anzusprechen. Zur Ausführung solcher Arbeiten hat der Minister aus Reichsmitteln an Eisenbahngesellschaften, Gas- und Wasserwerken 2.348.561 Pfund (47 Millionen Mark), Vorschuß gegeben. Dieser Vorschuß soll dienen zur Ausführung von Arbeiten, die auf 7.644.714 Pfund veranschlagt sind. — Sodann hat der Minister die Behörden von Gemeinden und Distrikten gedrängt, Bauten und Anlagen in Angriff zu nehmen und dafür günstige Anleihen zuzusagen. Bis Ende November 1929 sind fest zugesagt 6.969.000 Pfund, wovon schon 4.869.000 ausbezahlt wurden. Die Vorschüsse sollen dienen für öffentliche

Arbeiten, die insgesamt 12.437.790 Pfund Kosten verursachen sollen. Dabei ist aber noch mit dem Widerstand der Behörden zu rechnen, die in dieser Höhe Arbeiten nicht ausführen wollen. Angenommen, daß diese Arbeiten unter den veranschlagten Kosten zur Ausführung kommen, so werden ca. 84.000 Arbeitslose für ein Jahr Arbeit haben. — Die Ausführung von kleineren Werken in den Kolonien, die jedoch für England einige Bestellungen in sich fassen, können auch für ein Jahr 5300 Arbeitslosen zu Verdienst helfen. — Von Reichswegen sollen Chausseen neu gebaut und ausgebaut werden. Hierfür ist ein Betrag von 40 Millionen Pfund ausgeworfen. Die Ausführung dieser Arbeiten würde auf ein Jahr 100.000 Arbeitslose beschäftigen. — Im ganzen könnten also nach diesen Plänen von Minister Thomas ca. 189.000 Arbeitslose für ein Jahr beschäftigt werden. — Solche Notstandsarbeiten und auch schon in beträchtlich größerer Höhe, ließ auch die konservative Bladwin-Regierung ausführen, ohne daß jedoch die Arbeitslosenziffer nennenswert dadurch beeinflusst wurde.

Kommen alle Pläne von Thomas zur Ausführung, so würde das bedeuten, daß 15 Prozent von der heutigen (amtlichen) Arbeitslosenziffer abgewogen werden könnten. — 15 Prozent Ausgang November 1929. — Ob es im März 1930 auch noch 15 Prozent sein werden? — Thomas schreibt selbst im „Labour-Magazine“, daß den Arbeitern mit zeitlicher Arbeitsbeschaffung wenig gedient ist. — Nötig haben sie feste Arbeit in der Industrie. Das hängt aber allzusehr von der ökonomischen Verbesserung der Position von Großbritannien, an der die Arbeiterregierung nichts ändern kann.

Streichhölzer aus Holland

Gewinne in der Metallindustrie. Die Rationalisierung hält auch nun ihren Siegeszug. Eine neue im Bau befindliche Kunstseidefabrik in Nijmegen wird nicht weitergebaut; man sagt offen Absatzzwischenfällen. Bei den Kunstseidefabriken in Ede und Arnhem erwartet man täglich Massenentlassungen. Philips und Splendor (die Glühlampenfabriken) warfen, wie schon gemeldet, 5000 Arbeiter auf die Straße. In der Holzindustrie treten überall Betriebsbeschränkungen auf. Die bürgerlichen Blätter schreiben auch ungern, daß auch für Niederlande die Zeit der Rationalisierung heringebrochen ist. Und doch laufen noch große Aufträge von Staat- und Unternehmungen in den Kolonien bei der Metallindustrie. Die bürgerlichen Blätter schreiben gute Tage. Spezialarbeiter (einige Hundert) mühen sich noch von Auslande herangezogen werden. Die Gewinne der Metallherren sind im abgelaufenen Jahre fette gewesen.

Niederländische Hochöfen und Stahlwerke.

Kapital 21 Mill. Gulden; Dividende 1 Prozent. Gewinn 1927/28 210.000 Gulden, 1928/29 240.000 Gulden.

Gabr. Stork & Co.

Kapital 12 Mill. Gulden; Dividende 6 Prozent; Gewinn 1927/28 831.000 Gulden.

Wilton, Schiffs- und Maschinenfabrik.

Dividende 7 Proz.; ausgezahlter Arbeitslohn 1928 6.687.000 Gulden; ausgezahlter Gewinn 913.000 Gulden.

Amsterdamer Trockendock-Gesellschaft.

Dividende 9 Prozent; Gewinn 1928 352.000 Gulden. 200.000 Gulden wurden bestimmt zur Durchführung der Rationalisierung.

Kromhout, Motorenfabrik, D. Goodkoon, Jr., Amsterdam.

Dividende 7 Prozent. 571 Arbeiter. Gewinn 726.000 Gulden.

Feyenoord, Schiffs- und Maschinenfabrik.

Dividende 7 Prozent. 1500 Arbeiter. Kapital 2 Mill. Gulden. Gewinn 586.000 Gulden.

Die Stadtverordneten-Wahlen in Deutschland*.)

J. de Kad, Redakteur des links-sozialistischen Wochenblattes „De Socialist“, schreibt darüber folgendes: „Die Oberflächlich gesehen sind die Resultate der deutschen Stadtverordnetenwahlen nicht ganz befriedigend. Im allgemeinen ist ein Fortschritt der Sozialdemokratie zu konstatieren. Hier und da selbst ein großer Fortschritt. Stehen dem auch gegenüber gefühlsmäßige Niederlagen, so in Berlin, Frankfurt und in Rostock.“

Was den Gewinn betrifft, so ist festzustellen, daß sehr selten bei Vorbild Hannover, Magdeburg, Stettin erreicht wird, daß die Verluste, welche die Kommunisten in solchen Fällen meistens erlitten haben, aufwieg. In vielen Gewerkschaften, die Sozialdemokratie zunahm, blieb das Total der abgegebenen roten Stimmen unter den vorherigen Wahlen. Daß diese Erscheinung im gesamten stark industriellen Gebiet von Mitteldeutschland und Sachsen vorand ist an unerwartet.

Wir haben es stets für einen sehr wunderlichen Trost gehalten, daß man in solchen Fällen befriedigt ist, indem man auf den verminderten Einfluß der Kommunisten und die zugenommene Stärke der Sozialdemokraten hinweist. Derweil doch das Endresultat die Verstärkung der Bourgeoisie bedeutet.

Daß die Arbeiter nicht länger der Leitung der deutschen Kommunisten folgen wollen und sich rund um die SPD-scharen, — und daß daneben neue Gruppen von der Bourgeoisie kommen, den Sozialismus zu verstärken, dieses ist als Beginn einer Ueberwindung anzusehen; das haben die Stadtverordnetenwahlen beinahe nirgends aufgezogen.

Was nun die Niederlage der Kommunisten betrifft, außer Berlin (wo die Kommunisten solche bedeutende Ueberwindung hielten, daß der „Vorwärts“ nur stammeln konnte: „Ihr Ziel, die stärkste Partei in Berlin zu werden, haben die Kommunisten nicht erreicht.“ — Dasselbe Blatt hatte vor den Wahlen eine gewaltige Niederlage der KPD, vorherzeitig, außerhalb Berlin ist dieses wohl gleichgültiges Bild, auch im Ruhrgebiet, wo aber die SPD noch viel größere Verluste hatte. Aber es kann am allerwenigsten gesprochen werden von einer vernichtenden Niederlage der KPD. Trotz der organisatorischen Schwäche, der inneren Vertriebenheit der KPD, der Zerstörung und trotz der totalen Abwesenheit von einer wirklichen Politik bei den Kommunisten, ist es der SP, nicht geknickt, das Gros der kommunistischen Wähler zu gewinnen.

Zeit dieses auf ein gewaltiges Vertrauen der Arbeiter zu der KPD? Es ist keine Rede davon. Nicht allein denken die kommunistischen Wähler einen Augenblick daran beizutreten „Ihrer“ Partei. Berlin mit seinen ungefähr 600.000 kommunistischen Wählern hat eine Organisation von 18.000 Mitgliedern! Aber obendrein tritt immer wieder hervor, daß die Industriearbeiter keine einzige von den zahlreichen „Parteien“ der KPD ernst nehmen. Das abgesehen von den Wählern, keine Gemeinschaft sie mit dem Kommunismus unterhalten.

Sie vertrauen der Partei nicht. Aber sie vertrauen der SP, noch viel weniger. Sie stimmen für die KPD, um ihren Protest gegen die bestehende Koalitionspolitik, auch die Regierungspartei in Stadt und Land, die SPD, die Verantwortung trägt, scharf zum Ausdruck zu bringen.

Im allgemeinen kann man dann auch sagen, daß das Argument von den Verteidigern der Koalitionspolitik, das in Magdeburg noch als Stütze erhalten müßte, „Der beste Beweis für die Richtigkeit unserer Politik ist unser ständiges Anwachsen“ (Hermann Müller), durch diese Wahlen vollständig zunichte gemacht wurde.

*) De Socialist, 30. November 1929.

Denn diese Wahlen bringen fast überall Verstärkung von dem bürgerlichen Block.

Und im bürgerlichen Block sind es die Extremisten, die faschistischen Nationalsozialisten, die an Einfluß gewinnen. — Daß bei diesen Wahlen sehr viel Arbeiterstimmen besitzen, zeigt auf Gefahren, an denen man nicht abweisen vorbeigehen kann. Denn die Faschisten und ihr gegenwärtiger Bundesgenosse Hugenberg, sind imstande, zu Taten überzugehen, die allein durch eine geschlossene Front der Arbeiter, durch ein streitbares Proletariat abgewehrt werden können. Das Ueberlaufen von bedeutenden Gruppen von Arbeitern zum Nationalsozialismus weist darauf, daß etwas nicht in Ordnung ist mit der Klassenpolitik der Sozialisten.

So geben die deutschen Wahlen der SPD, einen Ansporn, den offiziellen Optimismus fahrenzulassen und zu trachten, das Vertrauen der Arbeiter wiederzugewinnen, oder fürs erste zu gewinnen. Daß dieses mit der gegenwärtigen Politik unmöglich ist, brauchen wir hier nicht aufs neue zu wiederholen.

Daß an der anderen Seite ein Wahlschlag aus der Berliner, auf die Pflicht weist, nun zu trachten, mit den Kommunisten zur Zusammenarbeit zu kommen und zusammen zu regieren, dieses soll — fürchten wir — durch Parteigenossen, die in anderen Fällen viel von Koalition und von der Aussprache an der Wahlurne halten, wohl nicht geschon werden. Doch ist dieses der Weg, und es sei eine Einheitsfront zu fordern, die bei dem Anwachsen der Faschisten notwendig ist; es sei den kommunistischen Unwillen und die Demagogie zu entlarven — und damit die Einheit der Arbeiterklasse in der SPD, zu einer Tatsache zu machen.

In jedem Falle ist der Ausschlag der Wahlen unbefriedigend für die SPD, und die einseitigen Genossen sind die extremsten von Rechts, die Totfunde unserer Bewegung.

Als unsere Partei keine Rechnung damit hält, dann soll dieses zu ernstlichen Dingen können leiten, als zu einem unbefriedigenden Wahlschlag.

Organisatorische Mitteilungen

Ortsgruppe Weißensee.

Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, finden im Lokal Tivoli, Schölkasse, öffentliche Diskussionsabende statt.

Frankfurt a. M.

Das Verkehrslokal befindet sich Frankfurt a. M.-West, bei Karl Maier, Friessengasse 8; jeden Samstag 9 Uhr abends.

Düsseldorf.

Samstag, den 11. 1. 30, abends 7.30 Uhr, im Lokal „Seven“ Kiefernstr. 2 (Oberbilk):

Öffentlicher Diskussionsabend.

Thema: „Lohn- oder Klassenkampf“. Alle revolutionären Arbeiter sowie die Leser der KAZ, werden hiermit eingeladen. Komm. Arbeiter-Partei.

Ortsgr. Düsseldorf.

Ortsgruppe Bonn.

Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, Diskussionsabend bei Gen. Förderan, Doerscht. 5.

Sympathisanten und KAZ-Leser haben Zutritt. Dortselbst können auch die Zeitungen bestellt werden.

Ortsgruppe München.

Jeden Freitag, abends 7.30 Uhr, finden im Lokal Gambrius, Sendlinger Straße, öffentliche Diskussionsabende der KAP, RKP, und KAJ, statt.

Proletariat aller Richtungen werden hiermit eingeladen. Die „KAZ“ liegt dort ebenfalls aus.

Versammlungskalender Groß-Berlin.

3. Bezirk.

Jeden Freitag, abends 8 Uhr, im Lokal Gladow, Malpaquetstraße 24.

6. Bezirk.

Jeden 2. und 4. Freitag im Monat, abends 8 Uhr, bei Reibe, Gutschiner Straße 88.

14. Bezirk.

Jeden Freitag, abends 8 Uhr, bei Speisebecher, Herfurtstraße 26.

15. Bezirk.

Jeden Freitag, nachmittags 5 Uhr, bei Jahnke, Niederschönebrunn, Brückenstraße 3.

17. Bezirk.

Jeden Freitag, abends 8 Uhr, bei Kusche, Lichtenberg, Marktstraße 7.

21. Bezirk.

Jeden 4. Freitag im Monat, abends 8 Uhr, bei Otto Gebauer, Nowawes, Wallstraße.

Betriebsorganisation Kreuzberg

Am Donnerstag, den 12. Januar 1930, nachm. 5 Uhr, findet die nächste Sitzung der BO, Kreuzberg im Lokal George, Elisabeth Ufer 12, statt.

Alle Genossen, welche diesem Bezirk angehören, sind verpflichtet, zu erscheinen.

Nowawes.

Funktionärsitzung jeden Freitag, 20 Uhr, Lokal Dachs-Höhe, Plantagenstraße 1.

Gebundene Jahrgänge der „KAZ.“

Vorrätig ab 1924. Jeder Jahrgang 12.— Mark. Jahrgang 1928 9.— Mark. Genossen unserer Bewegung erhalten bedeutende Preisermäßigung.

Zu beziehen durch die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: W. Tietz, Berlin-Weißensee. Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Iszdorf, Berlin O 17.

Bestellzettel

Ich bestelle hiermit die einmal wöchentlich erscheinende „Kommunistische Arbeiter-Zeitung“

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands per Post — frei Haus

Der Bestellzettel ist als Brucksache oder persönlich an die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13, zu senden.

Name:

Ort:

Straße:

